

**Gerhard Sälter**

**9. November 1989**

# **Der Fall der Mauer**

**Vom Ende einer unharmonischen  
Beziehung**

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Die Nacht der Maueröffnung

Kriegsende und Teilung Deutschlands

Diktatur, Fluchtbewegung und Grenzregime

Die Opposition und das Ende der DDR

Migration, Grenzen, Flucht

Literatur

Über den Autor

Impressum

# Vorwort

Manchmal geschieht Geschichte sehr plötzlich. Im politischen Miteinander der Menschen laufen die meisten Prozesse eher langsam ab, von den Zeitgenossen oft unbemerkt, fast unter der Hand. Aber es gibt Tage, nach denen man aufwacht und die Welt ist eine gänzlich andere geworden. Dies trifft auf den 9. November 1989 zu, als nicht nur die Mauer fiel, welche die Bewohner der DDR in ihrem Land eingeschlossen hatte, sondern die Welt daraufhin eine neue Ordnung erhielt. Der Fall der Mauer zeitigte Wirkungen in so fernen Gebieten wie Afrika, Südamerika und Asien, aber das war an diesem Tag noch nicht abzusehen. Dabei hatte alles wenig spektakulär begonnen an diesem 9. November. Das Politbüro der SED, der in der DDR seit ihrer Gründung 1949 allein herrschenden kommunistischen Partei, hatte eine Pressekonferenz anberaumt, von der niemand Großes erwartete. Es war, nachdem eine seit Monaten anwachsende Protestbewegung die ersten Veränderungen in der DDR erzwungen hatte, erst die zweite ihrer Art. Im Oktober hatte der Parteivorsitzende und Staatschef Erich Honecker zurücktreten müssen und der jüngere SED-Politiker Egon Krenz war an seine Stelle getreten – aber eine

grundlegende Änderung war das nicht. Niemand also erwartete Besonderes von dieser Pressekonferenz. Es sollte jedoch anders kommen.

# Die Nacht der Maueröffnung

Manchmal geschieht Geschichte sehr plötzlich. Im politischen Miteinander der Menschen laufen die meisten Prozesse eher langsam ab, von den Zeitgenossen oft unbemerkt, fast unter der Hand. Aber es gibt Tage, nach denen man aufwacht und die Welt ist eine gänzlich andere geworden. Dies trifft auf den 9. November 1989 zu, als nicht nur die Mauer fiel, welche die Bewohner der DDR in ihrem Land eingeschlossen hatte, sondern die Welt daraufhin eine neue Ordnung erhielt. Der Fall der Mauer zeitigte Wirkungen in so fernen Gebieten wie Afrika, Südamerika und Asien, aber das war an diesem Tag noch nicht abzusehen. Dabei hatte alles wenig spektakulär begonnen an diesem 9. November. Das Politbüro der SED, der in der DDR seit ihrer Gründung 1949 allein herrschenden kommunistischen Partei, hatte eine Pressekonferenz anberaumt, von der niemand Großes erwartete. Es war, nachdem eine seit Monaten anwachsende Protestbewegung die ersten Veränderungen in der DDR erzwungen hatte, erst die zweite ihrer Art. Im Oktober hatte der Parteivorsitzende und Staatschef Erich Honecker zurücktreten müssen und der jüngere SED-Politiker Egon Krenz war an seine Stelle getreten – aber eine

grundlegende Änderung war das nicht. Niemand also erwartete Besonderes von dieser Pressekonferenz. Es sollte jedoch anders kommen. Gegen 19.00 Uhr gab das ZK-Mitglied Günter Schabowski bekannt, dass die SED-Führung ein neues Reisegesetz beschlossen habe: Künftig sollte jeder DDR-Bürger einen Antrag auf Ausreise stellen dürfen. Das war allerdings eine Neuigkeit! Bisher hatten nur ausgesuchte Zeitgenossen in den Westen reisen dürfen oder solche, welche enge Verwandte in Westdeutschland und einen ganz besonderen Reisegrund besaßen. Bürger, die dauerhaft das Land verlassen wollten und einen Ausreiseantrag gestellt hatten, waren drangsaliert und manchmal eingesperrt worden. Nun sollten Auslandsreisen und die dauerhafte Ausreise erlaubt werden. Gefragt, ab wann die neue Regelung gelten solle, antwortete der schlecht informierte Schabowski: „Das tritt nach meiner Kenntnis... ist das sofort, unverzüglich.“ Westliche Medien griffen die Sensation der sofortigen Grenzöffnung – ein weiteres Missverständnis – bereits wenige Minuten später auf, die Tagesschau brachte sie in den Acht-Uhr-Nachrichten. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer in Berlin. Immer mehr Menschen kamen im Verlauf des Abends aus Ost-Berlin zu den Grenzübergängen, um die angekündigte Freizügigkeit auszuprobieren. Da alles

auf einem doppelten Missverständnis beruhte, wussten weder die Offiziere der Grenztruppen noch die PasskontrollEinheiten der Staatssicherheit, was sie tun sollten: Sie hatten keine neuen Befehle. Als die zusammenströmenden Menschen, die unablässig in Sprechchören riefen „Macht das Tor auf!“ und „Wir kommen wieder!“, sich gegenseitig zu erdrücken drohten, traf der leitende Offizier am Grenzübergang Bornholmer Straße, Harald Jäger, eine folgenschwere Entscheidung. Er hatte mehrfach vergeblich von seinen Vorgesetzten Befehle angefordert, aber niemand wollte Verantwortung übernehmen. Etwa eine halbe Stunde vor Mitternacht entschied Jäger, den Grenzübergang zu öffnen und bald darauf folgten weitere. Die nach West-Berlin hineinströmenden Ost-Berliner wurden mit Jubel empfangen, denn auch auf der Westseite der Grenzübergänge hatte sich eine zwar noch ungläubige, aber hoffende Menge versammelt. Die Ost-Berliner wurden mit Sekt begrüßt, Fremde lagen sich weinend in den Armen. Die ersten Familientreffen wurden organisiert. In West-Berlin, in dem niemand auf einen solchen Ansturm vorbereitet war, herrschte für mehrere Tage ein fröhlicher Ausnahmezustand. Eine Geschichte soll erläutern, wie Menschen dieses Ereignis erlebt haben. Der Ost-Berliner

Pfarrer Werner Krätschell fuhr in dieser Nacht gemeinsam mit seiner 20-jährigen Tochter und ihrer Freundin mit dem Auto nach West-Berlin. Die Mädchen hatten etwas Angst, waren aber voll gespannter Erwartung. Der erste Schock ereilte sie und den Pfarrer, als sie den Grenzübergang durchquerten, denn die Passkontrolleure hatten mittlerweile neue Order erhalten: Sie stempelten jeden Ausweis, der ihnen vorgelegt wurde, ungültig. Die Menschen, welche die Grenze überquerten, sollten nicht mehr zurückkehren dürfen. Doch noch im Augenblick des Schreckens – zwei kleine Kinder waren schlafend daheim zurückgelassen worden und die Ehefrau wusste nichts von dem Ausflug – erhielten die Kontrolleure neue Befehle: Alle sollten zurückkehren dürfen. Dennoch fiel in West-Berlin der Entschluss, sogleich wieder heimzufahren. Die Tochter jedoch bat darum, nur einmal kurz zu halten, denn sie wollte wenigstens einmal ihren Fuß auf westlichen Boden gesetzt haben. Krätschell verglich ihr Erleben in diesem Moment später mit dem Neil Armstrongs, als er den Mond betrat. Aber diese Nacht war nicht nur eine ausgelassene Massenvereinigung. Vielen war bewusst, dass sie einen historischen Moment durchlebten. Einige West- und Ost-Berliner, die gerade die Mauer durchschritten hatten, kehrten zu ihr zurück. Feiernde Menschen bestiegen die



Mauer am Brandenburger Tor – die besonders dick war und deshalb Platz bot – und die Grenzsoldaten auf der Ostseite der Mauer mussten das dulden, ohne einzugreifen. Noch in der Nacht begannen einige, die Mauer mit jeglichem Werkzeug, das zur Hand war, zu zerstören. Das besserten die Grenzer zwar am nächsten Tag wieder aus, aber die Botschaft war klar: Eine erneute Schließung der verhassten Mauer würden die Menschen in der DDR und in Berlin nicht hinnehmen. Insofern gibt das Titelbild dieser Broschüre einen Markstein der Geschichte der DDR und Deutschlands wieder. In dieser Nacht änderte die Mauer ihren Charakter. Zwar war die politische Entwicklung, die letztlich zur Vereinigung führte, noch nicht abgeschlossen. Aber mit den Bildern von den Menschen, die auf der Mauer feierten und sie zu zerstören begannen, wurde die Mauer von einem Symbol der Unterdrückung zu einem Symbol der Überwindung einer Diktatur. Zur selben Stunde endete eine Beziehung, die von beiden Seiten von Misstrauen geprägt und wenig harmonisch gewesen war, nämlich die zwischen der SED und den Bürgern der DDR. Tatsächlich hatte eine Entwicklung eingesetzt, welche sich als unumkehrbar erwies. Die geschwächte Parteispitze der SED konnte sich nicht dazu ermannen, die Mauer wieder zu schließen. Im Gegenteil, noch am selben Tag begannen Grenzsoldaten an

der Bernauer Straße für einen neuen Grenzübergang das erste richtige Loch in die Mauer brechen. Die Öffnung der Mauer war endgültig und sie leitete das beschleunigte Ende der Diktatur ein, die die SED vor etwas über vierzig Jahren errichtet hatte.

# Kriegsende und Teilung Deutschlands

Mit der Öffnung der Mauer ging eine Geschichte zu Ende, die nach dem Zweiten Weltkrieg, mit dem das nationalsozialistische Deutschland Europa überzogen hatte, begann. Die wichtigsten Alliierten der Anti-Hitler-Koalition besetzten im Mai 1945 gemeinsam Deutschland: die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich. Jede der vier Mächte erhielt eine Besatzungszone: Die Sowjetunion den Osten, die Briten den Nordwesten, die Franzosen den Südwesten und die Amerikaner den Süden. Weite Teile im Osten des Deutschen Reichs wurden von der Sowjetunion und Polen annektiert. Die Verbündeten jedoch entfremdeten sich recht schnell voneinander und das gegenseitige Misstrauen wuchs. Während die Sowjetunion und Frankreich anfangs noch gemeinsam dafür eingetreten waren, möglichst große Entschädigungen für die von den Deutschen in ihren Ländern angerichteten Schäden zu erhalten, fürchteten Amerikaner und Briten bald um ihren Einfluss in der Welt. Zwischen den Westmächten und der Sowjetunion entstanden Konflikte um die Abgrenzung von Einflusszonen in Europa und im Nahen Osten. Die Verantwortlichen entwickelten in Ost und West

unterschiedliche Vorstellungen von der Zukunft Deutschlands. In der Öffentlichkeit und den Regierungen in Großbritannien und den USA wuchsen schließlich Befürchtungen, als die Sowjetunion in den von ihr besetzten Staaten Osteuropas von ihr abhängige kommunistische Parteien an die Macht verhalf und in diesen Ländern ihr Herrschafts- und Wirtschaftsmodell einführte. Die Sowjetunion wollte zu ihrer Sicherheit einen Gürtel abhängiger Staaten schaffen, der als Puffer zwischen ihr und den Westmächten diente. Die Herrscher im Kreml hatten nicht vergessen, dass die USA und Großbritannien kurz nach der Revolution 1917 Interventionstruppen geschickt hatten, welche die alte Ordnung wieder aufrichten sollten. Im Westen dagegen befürchtete man deshalb, die Sowjetunion wolle weiter nach Westen expandieren; Deutschland, Frankreich und Italien galten als unsicher. Dabei war es der Sowjetunion, deren westliche Gebiete im Krieg weitgehend zerstört worden waren, vor allem daran gelegen, ihre Wirtschaft wieder aufzubauen und ihre Eroberungen zu sichern. Jedenfalls konnten die sich argwöhnisch beäugenden früheren Verbündeten zu keiner Einigung gelangen, wie sie Deutschlands Zukunft gestalten wollten. Der sowjetische Diktator Stalin hatte mit den sowjetischen Truppen die aus Deutschland exilierten

kommunistischen Parteiführer nach Ostdeutschland gesandt, wo sie unter der Leitung von Walter Ulbricht daran gingen, eine Diktatur nach dem Vorbild der Sowjetunion zu errichten. Dies und die Befürchtungen wegen einer möglichen sowjetischen Expansion brachten die amerikanische, bald auch die britische und die französische Regierung dazu, ihre Besatzungszonen zunächst wirtschaftlich, dann auch politisch enger zusammenzuführen. Die sowjetischen Politiker, zunehmend isoliert in dieser Runde, aber kaum zu Kompromissen bereit, versteiften sich darauf, dass ohne ihr Einvernehmen keine Entscheidung über Deutschlands Zukunft möglich sei. In dieser Ansicht sollten sie sich bald getäuscht sehen. Seit Februar 1948 tagten auf Drängen der amerikanischen Regierung, die seit dem Wechsel von Präsident Franklin D. Roosevelt zu Harry S. Truman zunehmend antisowjetisch ausgerichtet und zudem allein im Besitz der Atombombe war, die Vertreter der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs. Weil auf der Außenministerkonferenz Ende 1947 keine Einigung mit der Sowjetunion hatte erzielt werden können, waren ihre Vertreter nicht eingeladen. Die im Juni ausgesprochene Empfehlung lautete, in Deutschland aus den drei westlichen Zonen einen demokratischen Staat

zu bilden. Zur selben Zeit führten die Amerikaner mit deutscher Unterstützung in den drei Westzonen eine Währungsreform durch, wodurch sich die Spaltung Deutschlands weiter vertiefte. Aus Abgeordneten der Länderparlamente wurde ein Parlamentarischer Rat gebildet, welcher das Grundgesetz erarbeitete, die als provisorisch gedachte Verfassung des künftigen Staates. Es wurde am 23. Mai 1949 verkündet und damit begann die Geschichte der Bundesrepublik. Die sowjetische Regierung versuchte, diese Entwicklung in letzter Minute aufzuhalten und nutzte dafür das ebenfalls in vier Sektoren aufgeteilte Berlin als Faustpfand. Im Juni 1948 verhängten sie eine Blockade über West-Berlin, welche die Westmächte mit einer Luftbrücke konterten. Konnten Lebensmittel und Heizkohle nicht über Straßen, Flüsse und Eisenbahnen nach Berlin gelangen, brachten die Westalliierten sie eben mit Flugzeugen. Die Sowjets hatten mit der Blockade das Vertrauen in die Westmächte unterminieren wollen und erreichten das Gegenteil. In dieser Zeit rückten nicht nur die drei Westmächte enger zusammen, in den Augen der Deutschen und insbesondere der Berliner wurden sie von Besatzungs- zu Schutzmächten, die Deutschen dagegen avancierten von Besiegten zu Verbündeten. Von der Luftbrücke besiegt, hob die sowjetische Regierung die

Blockade schließlich im Mai 1949 auf. Die SED jedoch hatte in der Zwischenzeit versucht, in Berlin die Macht über die gesamte Stadt zu erlangen. Das war ihr, auch wegen der Hartnäckigkeit der Sozialdemokraten, nicht gelungen, aber das Ergebnis war die politische Teilung der Stadt. Mit Gründung der Bundesrepublik und der Berlin-Krise 1948/49 wurde Berlin zu einem dauerhaften Konfliktherd des Kalten Krieges. Erst der Mauerbau brachte 1961 in dieser Hinsicht Entspannung, auch wenn er die Teilung zementierte und für Familien und Freunde, die durch die Mauer voneinander getrennt waren, in Ost- und West-Berlin erhebliches Leid brachte. Der Mauerbau trug in der Bundesrepublik zu der Einsicht bei, dass die bisherige Politik der Nichtanerkennung der DDR und der Nichtkommunikation sich überlebt hatte. Mit dem Wechsel zur sozialliberalen Koalition begann in den Sechzigerjahren eine zunächst zaghafte Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten, die Anfang der Siebzigerjahre in die Ostverträge mündete, welche deutliche Erleichterungen für die Menschen im geteilten Berlin brachte und zahlreiche Kontaktmöglichkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten schuf. 1973 schließlich führte sie zur gemeinsamen Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR in die UNO. Damit waren die Grundlagen für eine dauerhafte Entspannungspolitik geschaffen, die für das Bemühen

genutzt wurde, die Regierung der DDR zur Einhaltung bestimmter Rechtsstandards zu nötigen.



# Diktatur, Fluchtbewegung und Grenzregime

Mauerbau und internationale Anerkennung brachten der Gesellschaft der DDR eine gewisse Normalisierung, welche ihre von Konflikten geprägten Anfänge kaum hatten erwarten lassen. Die kommunistischen Parteiführer hatten, als sie in Ostdeutschland mit sowjetischer Unterstützung ihr politisches Modell durchsetzten, die Zustimmung der dort lebenden Menschen weder erhofft noch erhalten. Zwar verkörperte der dort aufgebaute Staat, die DDR, im Verständnis ihrer politischen Elite das bessere Deutschland, aber es sollte der SED trotz intensiver Propaganda, Repression und vielerlei Integrationsangeboten niemals gelingen, eine Mehrheit der Bevölkerung für ihre politische Ordnung zu begeistern. Deshalb war ihre Herrschaft in der DDR von einer dauerhaften Unsicherheit und von einem mal mehr, mal weniger ausgeprägten Misstrauen gegenüber der Bevölkerung gekennzeichnet. Die SED, die 1946 aus der KPD hervorgegangen war, verdrängte zunächst die anderen Parteien. Die bürgerlichen Parteien blieben, anders als in anderen Ostblockländern, zwar bestehen, waren aber als sogenannte Blockparteien zu einer von der SED dominierten Randexistenz verdammt. Die anfangs starken

Sozialdemokraten wurden 1946 unter Druck in die SED integriert und hatten in der Folge kaum noch Gestaltungsmacht. Die zahlreichen Massenorganisationen, wie Gewerkschaften oder der Frauenbund, auf welche sich die SED gern zu ihrer Legitimierung berief, waren von ihr abhängig und ihr Leitungspersonal wurde von der SED gestellt. Zur Abrundung ihrer Einparteiendiktatur schrieb die SED ihre „führende Rolle“ 1968 in der Verfassung der DDR fest. Die SED baute eine von ihren Gremien zentral gelenkte Wirtschaft auf, welche soziale Gerechtigkeit verwirklichen sollte, aber höchst unvollkommen funktionierte. Es gelang auch auf lange Sicht nicht, die Bedürfnisse der Bevölkerung selbst in den zentralen Bereichen Wohnraum, Gebrauchsgüter und Lebensmitteln zu erfüllen. Selbst eine gleichbleibende Versorgung mit Nahrungsmitteln war nicht immer gesichert und für bestimmte Güter wie Autos bestanden lange Wartelisten. Zudem waren, um eine staatliche Lenkung zu erreichen, die vorher bestehenden Firmen bis hinunter zu kleinen Handwerksbetrieben enteignet worden. Auch die bis in die Fünfzigerjahre selbständigen Bauern waren in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gezwungen worden. Das Problem, durch Enteignungen einen erheblichen Teil der Bevölkerung geschadet zu haben, ohne jedoch die selbst

gesteckten Ziele beim Konsum erreichen zu können, entfremdete einen wesentlichen Teil der Gesellschaft von der SED und ihrer Gesellschaftsordnung. Mit der DDR war ein Staat entstanden, in dem viele seiner Bürger latent unzufrieden waren, sowohl wegen der fehlenden politischen Mitsprache als auch aufgrund der – insbesondere im Vergleich zum Westen – unzureichenden Versorgung. Das Misstrauen der SED und ihr Anspruch, die Bevölkerung durch Erziehung mittelfristig zur besseren Einsicht zu bekehren, führte dazu, dass der Staat in viele Bereiche der Lebensführung ordnend eingriff und den Bürgern nur kleine Spielräume überließ, die sie selbst gestalten konnten. Zudem waren sie gehalten, ununterbrochen und demonstrativ ihre Loyalität zu bekunden, etwa durch Mitgliedschaft in SED-nahen Organisationen, durch „freiwillige“ Mitarbeit in staatlich organisierten Aktionen oder durch Teilnahme an der auf Dauer gestellten Demonstrationskultur der SED. Durch den ausgeprägten Zentralismus unterlagen die Bürger einer intensiven Kontrolle auch außerhalb der Bemühungen durch die Staatssicherheit. Wenn Unzufriedene den Arbeitsplatz oder die Schule wechselten, waren sie immer mit ähnlich denkenden Funktionären konfrontiert, und ihre Akte war ihnen ohnehin bereits gefolgt. Es gab also nur wenige

Möglichkeiten des Ausweichens innerhalb des Systems. Abweichler, die nicht einmal politische Gründe haben mussten, sondern nur unangepasst lebten, bekamen schnell die Staatsgewalt zu spüren, bis hin zur Kriminalisierung. Enteignungen, politische, wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit und staatliche Gängelei brachten eine schnell wachsende Migrationsbewegung in die Bundesrepublik hervor. Diese wurde noch dadurch befördert, dass Bewohner der DDR in der Bundesrepublik umstandslos als Staatsbürger anerkannt wurden; es gab zwar ein Aufnahmeverfahren, aber aufgrund der Nichtanerkennungspolitik galt jeder Flüchtling aus der DDR sowieso schon als Bundesbürger, das Ausstellen eines Ausweises war reine Formalität. Durch den in den Fünfzigerjahren in Westdeutschland einsetzenden Wirtschaftsboom konnten Flüchtlinge hoffen, auch auf materieller Ebene schnell den Anschluss an den im Westen bereits höheren Lebensstandard zu finden. Als 1961 die Mauer gebaut wurde, hatte ein Sechstel der Bevölkerung die DDR bereits verlassen. Die SED sah die in den Fünfzigerjahren anhaltende und wachsende Fluchtbewegung mit zunehmender Sorge. Hier gingen nicht nur gut ausgebildete Arbeitskräfte, hier ging auch ein Teil der Jugend, denn etwa die Hälfte der Flüchtlinge war unter 25

Jahre alt. Zudem empfand die SED den Flüchtlingsstrom als Beeinträchtigung ihrer Macht in der DDR. Aus ihrer Sicht entzogen sie sich ihrem Zugriff und schon die Möglichkeit der Flucht verminderte ihre Fähigkeit, den verbleibenden Bürgern ihre Ordnungsvorstellungen aufzuzwingen. In der Reaktion darauf errichtete die SED ein Grenzregime, das Migration unterbinden sollte. Seinen Anfang nahm dieses Grenzregime in Berlin, als nach der Blockade ein Teil der damit verbundenen Grenzkontrollen beibehalten wurden, um die Bewegungen zwischen beiden Teilen der Stadt und zwischen West-Berlin und dem Umland wenigstens einer losen Kontrolle zu unterwerfen. Anfang der Fünfzigerjahre folgten erste Ansätze, die Flüchtlinge zu kriminalisieren. Seit 1954, verstärkt 1958, war im Passgesetz der DDR das nicht genehmigte Verlassen des Landes selbst unter Strafe gestellt: Als Republikflucht wurde es mit Haftstrafen bedroht. Ausgehend von den Berliner Erfahrungen während der Blockade und einer in der Sowjetunion seit den Zwanzigerjahren geübten Praxis begann die SED damit, die Grenzen der DDR abzuschotten. Seit Mai 1952 wurde die innerdeutsche Grenze mit Sperren befestigt, die zwar noch nicht undurchlässig waren, aber für Ortsfremde die Gefahr einer Festnahme erheblich erhöhten. Eine gleichzeitig erlassene Grenzordnung machte das Betreten des fünf

Kilometer breiten Grenzgebiets genehmigungspflichtig und verbot, einen zehn Meter breiten Streifen direkt an der Grenze zu betreten. Die Grenzpolizisten der DDR hatten Befehl, auf Flüchtlinge zu schießen, wenn sie anders eine Flucht nicht verhindern konnten. Bis 1961 konnte man jedoch relativ gefahrlos über Berlin in den Westen gelangen. Die Stadt war zwar politisch geteilt, aber beide Stadthälften waren noch frei zugänglich. So konnten DDR-Bürger nach Ost-Berlin fahren und von dort in den Westen gelangen. Das änderte sich im August 1961, als die SED eine Mauer um West-Berlin herum errichten ließ. Dies sollte die Fluchtbewegung ein für alle Mal beenden, außerdem gedachte die SED damit ihre Souveränität über die DDR nicht nur symbolisch zu festigen. Gleichzeitig wurden die Grenzbefestigungen an der innerdeutschen Grenze verstärkt und sogar mit Minenfeldern ausgerüstet; später folgten Selbstschussanlagen. Etwa 500 Menschen kamen bis 1989 durch dieses Grenzregime zu Tode. Mit dem zunehmend ausdifferenzierten Grenzregime wurde den Bewohnern der DDR der Weg nach Westen weitgehend versperrt. Allerdings hatten sich damit die Motive der Flüchtlinge nicht erledigt; die Unzufriedenheit blieb bestehen. Weiterhin versuchten Menschen trotz der damit verbundenen Gefahren die mit Hindernissen bewehrte Grenze zu überqueren. Etwa 40.000

gelang seit 1961 die Flucht, weitere 500.000 gelangten bis 1989 auf anderen Wegen in den Westen. Vermutlich etwa 75.000 Menschen wurden bei der Flucht oder bei der Vorbereitung dafür verhaftet und bestraft. Die Abwehr der von der SED weiterhin als Bedrohung wahrgenommenen Flüchtlinge, die zunehmend in die Nähe von Staatsfeinden gerückt wurden, verstärkte den Polizeistaatscharakter der DDR erheblich. Die ohnehin hohe Überwachungsichte erhöhte sich durch das Grenzregime noch einmal ganz wesentlich, was die Unzufriedenheit nicht verminderte.

# Die Opposition und das Ende der DDR

Diese Unzufriedenheit, für die es kein Ventil durch Abwanderung mehr gab und auch kein Ventil durch Protest, der weitgehend unterbunden wurde, nahm in den späten Siebziger- und in den Achtzigerjahren zu. Das lag einerseits daran, dass die SED nicht dauerhaft vermochte, ihre Versprechen auf materielle Absicherung umzusetzen. Viele DDR-Bürger hatten Zugang zu Westfernsehen und verglichen ihren Lebensstandard mit dem, der ihnen medial als westlicher Standard vermittelt wurde. Der Vergleich fiel nicht zu Gunsten der DDR aus. Außerdem wuchs eine neue Generation heran, die von den libertären Strömungen, die sich im Westen seit den Sechzigerjahren etabliert hatten, beeinflusst und weniger bereit war, sich von der SED ihre Lebensführung diktieren zu lassen. Opposition hatte es in der DDR immer gegeben, aber sie blieb bis in die Achtzigerjahre ein randständiges Phänomen und konnte sich gegen staatliche Repression, sowjetische Truppen und gesellschaftliche Integrationsangebote nicht durchsetzen. Dabei hatten sich Berliner aus beiden Stadthälften an den Protesten gegen die Spaltung der Stadt im Herbst 1948 beteiligt. Nach dem Tode Josef Stalins 1953 kulminierte die



Unzufriedenheit in einem landesweiten Aufstand, der mit Hilfe der sowjetischen Armee nach wenigen Tagen niedergeschlagen wurde. Auch nach dem Mauerbau entflammten 1961, insbesondere in Ost-Berlin, spontane Proteste, die mit Polizei, Staatssicherheit und SED-Propagandatrups aber schnell beendet wurden. Außerdem verharrte ein Teil der Bevölkerung, auch wenn sie nicht zu offenem Protest bereit war, in einer gewissen Distanz zum SED-Staat und seinen Angeboten. Dies traf besonders auf bürgerliche und kirchliche Milieus zu, in denen andere Wertvorstellungen gelehrt und gelebt wurden. Aber auch Jugendliche entwickelten etwa in der Rocker- und später in der Hippie- und Punk-Bewegung alternative Lebensstile. Sie fühlten sich bevormundet und empfanden den westlichen Lebensstil, den sie im Fernsehen und im Radio erlebten, attraktiv. Sogar innerhalb der herrschenden SED, die ja mit einem umfassenden Anspruch der Emanzipation angetreten war, gab es anfangs, bevor sie zu einer reinen Kaderpartei verkam, skeptische Stimmen. Jedoch fanden diese Unangepassten und Oppositionellen keine ausreichende Basis und blieben, wie die hilflosen Proteste gegen den Mauerbau, ohne Erfolg. Die Situation änderte sich in den Achtzigerjahren. Unter dem Eindruck westlicher Vorbilder entwickelte sich eine oppositionelle Bewegung aus lokalen

Umwelt-, Friedens- und Frauengruppen, die zumeist bei der evangelischen Kirche Unterschlupf fanden. Unabhängig davon entstand in der Bevölkerung, insbesondere in der jüngeren Generation, ein wachsendes Unbehagen angesichts verrottender Maschinen in den Fabriken, eingeschränkter Konsummöglichkeiten und verfallender Innenstädte. Viele gewannen den Eindruck, dass ihr Land sich, entgegen den offiziellen Versprechen und Verlautbarungen, auf dem absteigenden Ast befand. Sie wünschten sich ein funktionierendes Gemeinwesen und sahen in der Bundesrepublik, welche sie aus den Medien kannten, eine positive Alternative. Dissidenten, durch staatliche Repression aufgebrachte junge Menschen und eine desillusionierte Bevölkerung fanden sich 1988/89 zu einer wachsenden Protestbewegung zusammen. Zunächst auf Reformen und Mitbestimmung ausgerichtet, änderten die Proteste im Herbst 1989 unter dem Eindruck des auseinanderbrechenden Ostblocks und einer zunehmenden Flucht- und Ausreisebewegung ihren Charakter. Die SED-Führung verlor in der Bevölkerung jeden Rest an Glaubwürdigkeit. Anders als die kommunistische Partei in China, die im Sommer 1989 Proteste blutig niederschlagen ließ, sicherte sie nach ersten Polizeieinsätzen gegen Demonstranten ihre Macht letztlich nicht mit Gewalt, was

ihr letzter Ausweg gewesen wäre. Sie musste Anfang November zurücktreten. Das neue Politbüro beschloss im November 1989 eine zaghafte Öffnung der Grenze, woraufhin die Mauer am 9. November unter dem Ansturm der Bürger zusammenbrach. Mit der Öffnung der Mauer und der endlich zugelassenen Freizügigkeit hatte die Diktatur der SED ihre wichtigste Stütze verloren. Ihre neue Führung agierte zunehmend hilflos, selbst innerhalb der Partei büßte sie an Glaubwürdigkeit ein. Bei den Wahlen zur Volkskammer im März 1990, den ersten freien Wahlen in der DDR, erhielt die in PDS umbenannte SED nur knapp 17 Prozent der Stimmen. Als Sieger gingen aus dieser Wahl Parteien hervor, die eine schnelle Vereinigung mit der Bundesrepublik forderten. Mit dem Fall der Mauer schien der revolutionäre Elan verdampft zu sein. Da kompetente und unbelastete Eliten im eigenen Land fehlten und die Bevölkerung sich eine schnelle Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse wünschte, mündete die demokratische Revolution in der Aufnahme der ostdeutschen Länder in die Bundesrepublik. Damit wurde ein neues Kapitel in der Geschichte der Bundesrepublik aufgeschlagen. Die Menschen in Ostdeutschland bekamen den Rechtsstaat und eine, wenn auch langsame Verbesserung ihrer Lebensumstände. Gleichzeitig begann für sie eine Phase des

Umlernens und Eingewöhnens, die für viele schmerzhaft war. Für viele war damit ein Gefühl von Heimatverlust verbunden und nicht alle profitierten gleichermaßen von der Vereinigung.

# Migration, Grenzen, Flucht

Die miteinander eng verbundene Geschichte der Bundesrepublik und der DDR war wesentlich bestimmt von Migration. In der Bundesrepublik wurden die Flüchtlingszahlen in den Fünfzigerjahren als Triumph des westlichen Gesellschaftsmodells über das östliche verkündet. In Reaktion auf den Mauerbau, welche die Fluchtbewegung weitgehend unterband, setzte sich eine nüchternere Politik durch. Beide Seiten versuchten eine Annäherung, ohne die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Ost und West zu verleugnen und eigene Ansprüche aufzugeben. Die SED hatte die Migration immer als Gefährdung ihrer eigenen Macht gesehen und sie entsprechend kriminalisiert und verfolgt. Jedoch trug ihr Grenzregime, welche das grundlegende Misstrauen der Staats- und Parteiführung gegenüber der Bevölkerung nachdrücklich zeigte, wesentlich dazu bei, ihr Ende als Staatspartei in der DDR herbeizuführen. Die Forderung nach Reisefreiheit gehörte zu den wichtigsten bei den Demonstrationen im Herbst 1989. Wollten viele die DDR verlassen (500.000 Menschen gingen aber auch von der Bundesrepublik in die DDR), war die Bundesrepublik seit ihrer Entstehung eine Migrationsgesellschaft, welche

Neuankömmlinge integrieren musste. Das hatte Tradition, denn eine Gesellschaft ohne Migration – in beide Richtungen – ist kaum vorstellbar. Menschen haben sich immer bewegt, wenn es ihre Lebensumstände zu gebieten schienen, wenn sie nach Freiheit, Wohlstand oder Sicherheit suchten. So ist die USA aus einer Bewegung von Kolonisten entstanden, die sich zu Hause verfolgt fühlten. Die Bundesrepublik hatte zunächst eine damals unvorstellbare Masse an Flüchtlingen aus den verlorenen Ostgebieten und Vertriebenen aus den Ländern des östlichen Europa aufnehmen müssen. Über zehn Millionen Menschen mussten bis 1950 in eine Gesellschaft integriert werden, die selbst durch den Krieg zerrüttet war und in der die Neuankömmlinge etwa ein Fünftel ausmachten. Die Neuankömmlinge wurden vielfach angefeindet, weil man befürchtete, sie würden den Alteingesessenen die ohnehin knappen Ressourcen streitig machen und die gewohnte Ordnung durcheinander bringen. Die Zugewanderten mussten sich einen Platz in der Gesellschaft erst erkämpfen, der Wirtschaftsboom in den Fünfzigerjahren half bei der Integration. Dazu kamen in den Jahren bis 1961 etwa drei Millionen Flüchtlinge aus der DDR. Nach dem Mauerbau, als dieser Zustrom versiegte, kamen stattdessen Zuwanderer aus dem Süden Europas. Die Versuche der DDR-Regierung jedenfalls, Migration zu

kontrollieren und Freizügigkeit zu beschneiden, auch wenn die Menschen damals aus dem Land heraus wollten und nicht hinein, haben wesentlich zu ihrem Sturz beigetragen. Versuche, Migration mit Grenzbefestigungen und Polizeimaßnahmen an den Grenzen zu stoppen, erhöht bei vielleicht kurzfristigem Erfolg vor allem das Leid – und zwar auf beiden Seiten der Grenze – und erschweren die Integration derer, die zuletzt gekommen sind.

# Literatur

Benz, Wolfgang: Wie es zu Deutschlands Teilung kam. Vom Zusammenbruch zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1945–1949, München 2018.

Bergien, Rüdiger: Im »Generalstab der Partei«. Organisationskultur und Herrschaftspraxis in der SED-Zentrale (1946–1989), Berlin 2017.

Dietrich, Gerd: Kulturgeschichte der DDR, Göttingen 2018.  
Gieseke, Jens: Die Stasi 1945–1990, München 2011.

Hoffmann, Dierk: Von Ulbricht zu Honecker. Die Geschichte der DDR 1949–1989, Berlin-Brandenburg 2013.

Jampol, Justinian (Hg.): Das DDR-Handbuch. Kunst und Alltagsgegenstände aus der DDR, Köln 2017.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Stasi Konkret. Überwachung und Repression in der DDR, München 2013.

Loth, Wilfried: Die Rettung der Welt. Entspannungspolitik im Kalten Krieg 1950–1991, Frankfurt 2016.



Pannen, Sabine: Wo ein Genosse ist, da ist die Partei! Der innere Zerfall der SED-Parteibasis 1979–1989, Berlin 2018.

Sälter, Gerhard/Johanna Dietrich/Fabian Kuhn: Die vergessenen Toten. Todesopfer des DDR-Grenzregimes in Berlin von der Teilung bis zum Mauerbau (1948–1961), Berlin 2016.

Sälter, Gerhard/Manfred Wichmann (Hg.): Am Rand der Welt. Die Mauerbrache in West-Berlin in Bildern von Margret Nissen und Hans W. Mende, Berlin 2018.

Sälter, Gerhard: Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR (1952–1965), Berlin 2009.

Stiftung Berliner Mauer/Zentrum für Zeithistorische Forschung (Hg.): Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989. Ein biographisches Handbuch, Berlin 2009., Berlin 2009.

Wilke, Manfred: Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte, Berlin 2011.

# Über den Autor

Gerhard Sälter, Dr. Phil., Studium der Geschichte mit den Nebenfächern Philosophie und politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin, danach Promotion. 1999 bis 2001 freier wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Bautzen und des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen. Seit 2001 Mitarbeiter der Gedenkstätte Berliner Mauer, Leiter der Abteilung Forschung und Dokumentation an der Stiftung Berliner Mauer.

# Impressum

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen  
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt

[www.lzt-thueringen.de](http://www.lzt-thueringen.de)

2019

**Gerhard Sälter**

**9. November 1989**

# **Der Fall der Mauer**

**Vom Ende einer unharmonischen  
Beziehung**